

Doppelhaushalt 2022/2023
Haushaltsrede der CDU-Gemeinderatsfraktion

Karlsruhe, 9. November 2021

Detlef Hofmann

(Stellvertretender Fraktionsvorsitzender)

„Perspektiven für Karlsruhe: jede Verantwortung birgt Freiheiten“

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: Eine Veröffentlichung oder Weitergabe an Dritte ist untersagt bis
Dienstag, den 09.11.2021, 15:30 Uhr.

Gliederung

- 1. Einleitung**

- 2. Wirtschaftliche Einordnung: Einnahmen und Ausgaben**
 - a. Einnahmen
 - b. Ausgaben

- 3. Perspektiven für Karlsruhe: jede Verantwortung birgt Freiheiten**
 - a. Hohe städtische Standards auf den Prüfstand
 - b. Krise überwinden und Wachstum ankurbeln

- 4. Zusammenfassung**

- 5. Dank**

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor mehr als sechzig Jahren schrieb Ludwig Erhard in seinem Buch „Wohlstand für Alle“:

„In einer sich bewegenden Welt werden wir nicht erstarren dürfen, aber wir haben die Pflicht, in der Verfolgung der Ziele unserer Politik fest zu bleiben.“

Erhard war nicht nur Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, sondern vorher auch Bundeswirtschaftsminister. Es ist uns heute noch als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ bekannt. Wenn wir auf den heutigen Haushaltsentwurf blicken, kann man schnell den Eindruck gewinnen, dass wir mehr als ein Wunder benötigen, um die Zukunftsfähigkeit von Karlsruhe sicherzustellen. Schließlich prognostiziert die Stadtverwaltung ein Gesamtergebnis von minus 74,6 Millionen Euro für das Jahr 2022 und von minus 64,3 Millionen Euro für das Jahr 2023. Wir sind also nicht nur weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt, wir sind bisher auch noch nie so weit davon entfernt gewesen. Wenn wir so weitermachen, werden wir uns mittelfristig noch weiter davon entfernen.

Gleichzeitig schreibt uns die Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg klare Haushaltsgrundsätze vor: Erstens muss die Stadt Karlsruhe ihren Haushalt so führen, dass die „stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist“ und zweitens ist dabei den „Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ Rechnung zu tragen. Das heißt im Klartext: auf kurz oder lang dürfen wir nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das verbietet uns der Gesetzgeber.

Was es bedeutet, an die Schmerzgrenze der Gemeindeordnung zu gehen, haben wir zu Beginn dieses Jahres durch das Regierungspräsidium erfahren. Mit den strikten Auflagen zur Entwicklung eines Haushaltssicherungskonzeptes und der Aufforderung zur konsequenten

Haushaltskonsolidierung haben wir uns von der Aufsichtsbehörde bereits ein sprichwörtliches blaues Auge eingefangen. Der Haushalt für das laufende Jahr ist geradeso genehmigt worden.

Im vorliegenden Doppelhaushalt 2022/2023 wird zu einem Teil versucht, durch Auflösung von Rückstellungen mit rund 25 Millionen Euro 2022 und 35 Millionen Euro 2023 zumindest die Genehmigungsfähigkeit zu retten. Hierbei handelt es sich aber um Einmaleffekte, mit denen es spätestens 2024 vorbei ist. Weiter greift der Entwurf zu Steuererhöhungen über 16,6 Millionen Euro jährlich. Wir haben ein strukturelles Defizit im Ergebnishaushalt, da es uns nicht gelingt, die jährlich anfallenden Aufwendungen durch Einnahmen zu decken. Mein sehr geschätzter ehemaliger Stadtratskollege Dr. Heilgeist hat dies unzählige Male hier eingebracht, und auch die Finanzbürgermeisterin erklärt uns dies seit Jahren.

Bereits vor der Corona-Pandemie standen die Zeichen auf Eintrübung der Wirtschaft, nachdem das Gewerbe, die Industrie und die verlängerte Werkbank in den Jahren 2017 und 2018 noch Rekorderträge erzielt haben – dementsprechend niedrig waren die Arbeitslosenzahlen und dementsprechend hoch die sprudelnden Steuereinnahmen der Stadt, deren Haushalt in diesen Jahren mit einer positiven Bilanz abschloss. Insgesamt geht es nicht einmal allein um die Industriebetriebe und das Handwerk in der Region. Wir sind Teil einer globalisierten Welt. Wenn sich daher die Weltwirtschaftsleistung eintrübt, hat das auch Auswirkungen auf uns in Karlsruhe, insbesondere wenn wir am Ende einer unterbrochenen Lieferkette stehen. Insofern ist es meiner Ansicht nach wenig sinnvoll, den Schuldigen ausschließlich in Karlsruhe zu suchen und mit Schuldzuweisungen um sich zu werfen. Das habe ich heute auch nicht vor.

Nach den Jahren des endlosen „Vorwärts“ und des grenzenlosen „Booms“ in sämtlichen Bereichen müssen wir wieder lernen, zu haushalten und zu sparen. Wir als CDU-Fraktion haben die Notwendigkeit zum Sparen bzw. zum konsequenteren Haushalten zwar in den letzten Jahren immer wieder mahnend hier im Hause angebracht. Letztendlich haben wir die Stellenschaffungen, Aufgabenausweitungen oder millionenschweren Investitionen in die Zukunft aufgrund der positiv scheinenden Haushaltssituation aber oft auch mitgetragen. Das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt ist nicht erst infolge von Corona entstanden, aber Corona hat wie ein Brandbeschleuniger darauf aufmerksam gemacht. Aus diesem Grund müssen wir auch jetzt handeln und nicht noch ein weiteres Mal auf den letzten Schluck aus der leeren Flasche hoffen oder krampfhaft versuchen, zu kaschieren, wie tief der Karren im

Dreck steckt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur zusammen, und zwar zusammen mit dem Oberbürgermeister, den Dezernenten und der Verwaltung können wir diese Herkulesaufgabe stemmen. Dazu müssen wir aber aufhören mit dem politischen Rechts-Links-Geplänkel und mit dem Lobbyismus sowie dem ständigen Auspielen der einzelnen Ämter und Aufgaben gegeneinander.

Mit Blick auf den Finanzhaushalt wird im Jahr 2022 kein Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaftet. Das bedeutet zukünftig: Jeden Euro, den wir dort in die Sanierung von Schulen, in die Infrastruktur oder in die Kultur investieren, auch wenn es sich fast ausschließlich um Fortsetzungsmaßnahmen handelt, müssen wir über Kredite finanzieren.

Wenn etwa die Gehälter unserer Stadtverwaltung nur noch über Kredite finanziert werden, dann sollten unser aller Alarmglocken schrillen. Natürlich dürften wir die Gehälter gar nicht über Kredite finanzieren. Dennoch gilt, dass unsere Stadt Kredite auch gar nicht in unbegrenzter Höhe aufnehmen kann. Denn dies widerspricht nicht nur der Generationengerechtigkeit, es ist uns durch die Gemeindeordnung auch schlichtweg verboten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht die erste Haushaltsrede, die ich für meine Fraktion halten darf. Doch selten ist es mir so schwergefallen, die passenden Worte zu finden. Natürlich wäre es mir lieber gewesen, in Anbetracht einer besseren Finanzlage zu sprechen – wenn es also lediglich darum gegangen wäre, die Gelder nur irgendwie zu verteilen, Investitionen zu beschließen und Ihnen allen für die kollegiale Zusammenarbeit zu danken. Nein, heute zwingt mich die Situation, zusammen mit Ihnen Lösungsvorschläge zu finden, auch wenn grundsätzlich gilt, dass man mit scharfsinnigen Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik keine Wahl gewinnen kann. Schließlich erzeugt nichts so sehr Vermeidungsängste wie rote Zahlen.

Dennoch müssen wir uns – und damit sind wir wieder beim eingehenden Zitat von Ludwig Erhard – der jetzigen Situation stellen. Seine Worte sind schon mehr als sechzig Jahre alt und besitzen trotzdem noch Gültigkeit: Auch unter widrigen Umständen müssen wir handlungsfähig sein und die Herausforderungen auf uns nehmen. Das will die CDU-Fraktion auch tun.

2. Wirtschaftliche Einordnung: Einnahmen und Ausgaben

a. Einnahmen

Wenn wir uns der Herausforderung stellen und Lösungen herausarbeiten, müssen wir uns im Klaren sein, worüber wir eigentlich reden. Wenden wir uns daher zunächst der vermeintlich angenehmen Seite des Ergebnishaushalts zu: den Einnahmen der Stadt.

Den weitaus größten Anteil mit mehr als 45 Prozent werden hier die Steuereinnahmen ausmachen, insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe von 345 Millionen Euro. Die Einnahmen sind in den vergangenen zwei Jahren pandemiebedingt stark eingebrochen. Dementsprechend weniger Steuern wurden eingenommen und das, obwohl uns Bund und Land 2020 bei der Gewerbesteuer mit Kompensationszahlungen entgegengekommen sind und die Mindereinnahmen somit ein wenig abgedeckt haben.

Dennoch ist es für uns wichtig, dass wir in dieser Situation nicht eine Erhöhung der Gewerbesteuer beschließen. Wenn der Zufluss einer Wasserleitung versiegt, nützt es wenig, den Wasserhahn einfach nur weiter aufzudrehen. Schließlich hat uns die Corona-Pandemie eindrucksvoll gezeigt, welchen Belastungen große und mittelständische Industriebetriebe, das Handwerk, der Einzelhandel, die Gastronomie, die Hotellerie und weitere Bereiche unseres Wirtschaftsmotors bereits ausgesetzt waren. Wenn wir in dieser Situation, in der sich die Wirtschaft langsam wieder berappelt, nun eine Steuererhöhung beschließen, senden wir damit ein vollkommen falsches Signal. Eine aktuelle Studie des ifo Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass die Erhöhung verschiedener Steuern langfristig sogar das Gegenteil bewirkt und sowohl Wirtschaftswachstum als auch die Entwicklung des Steueraufkommens hemmt. Wer davon spricht, dass es sich um eine moderate Erhöhung handelt, dessen Blick geht an der Realität völlig vorbei. Der Handwerksbetrieb oder der Gastronom aus Neureut oder Durlach findet seine Mitbewerber um Dienstleistungen oder Aufträge meist nicht in Stuttgart oder Mannheim, sondern in Eggenstein, Ettlingen, Karlsbad, Stutensee, Pfinztal oder Rheinstetten. Und dort liegt die Gewerbesteuer dann 100 Punkte tiefer. Schweren Herzens haben wir die Erhöhung der Gewerbesteuer bei der letzten Haushaltskonsolidierung noch mitgetragen, aber jetzt kommt sie völlig zur falschen Zeit.

Auch eine Erhöhung der Grundsteuer wäre völlig kontraproduktiv. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, es vergeht keine Gemeinderatssitzung, in der Sie nicht das Thema

bezahlbarer Wohnraum ansprechen, und selbst in Ihrer Haushaltsrede war dieses Thema immer wieder präsent. Seit Jahren setzen sich alle Fraktionen im Land und im Bund für ausreichend und vor allem auch für bezahlbaren Wohnraum in Karlsruhe ein. Jetzt die Grundsteuer zu erhöhen, ist nicht nur falsch, sondern bewirkt genau das Gegenteil. Denn diese Erhöhung ist eins zu eins auf die „zweite Miete“ umlegbar und wird das Mietniveau noch weiter in die Höhe treiben.

Wir als CDU-Fraktion wollen eine Politik, die höhere Steuereinnahmen erzielt und gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung möglichst wenig belastet. Mit der CDU-Fraktion wird es daher keine Steuererhöhung geben.

b. Ausgaben

Kommen wir zu den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes. Nahezu grenzenloses Wachstum hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass wir immer mehr Personalstellen und zusätzliche Aufgaben mit immer neuen Ausweitungen geschaffen haben. Sicher, die ein oder andere Stellenschaffung hätten wir als CDU sehr gerne eingespart oder mit einigen neuen Projekten erst gar nicht begonnen. Doch die gute Einnahmensituation hat uns den notwendigen Gestaltungsspielraum geboten.

Nun hat sich die Einnahmenseite in den vergangenen Jahren aber drastisch verändert, während wir bei den Ausgaben ständig aufgesattelt haben. Es tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen, doch was früher finanzierbar war, können wir uns heute zum Teil nicht mehr leisten.

Die Auflagen des Regierungspräsidiums sind eindeutig: wir müssen uns zu einer schnellen Haushaltskonsolidierung und strikten Aufgabenkritik bekennen. Das schaffen wir aber nur gemeinsam. Eine interfraktionelle Zusammenarbeit zum Wohle der Karlsruherinnen und Karlsruher wünsche ich mir. Das wäre ein toller Erfolg für unsere Stadt.

In sehr vielen Bereichen ist nämlich noch Luft nach oben. Derzeit geben wir mehr als 400 Millionen Euro für Personal- und Versorgungsaufwand aus. In anderen Worten: wir schneiden vom Kuchen der uns zur Verfügung stehenden Mittel mehr als ein Viertel ab, allein damit die Räder unserer Verwaltung nicht stillstehen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Wir wollen

alle ordentlich bezahlen und niemanden entlassen. Alle Beschäftigten erledigen einen großartigen Job und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren unserer Stadtgesellschaft. Doch vielleicht erfüllt auch nicht jede neue, durch den Gemeinderat ins Leben gerufene Personalstelle ihren Zweck, bzw. ist diese Aufgabe vielleicht auch gar nicht von der Kommune zu erbringen. Jede weitere Stelle steht zunächst einmal für weitere Ewigkeitskosten, die wir uns zumindest derzeit und auch absehbar nicht leisten können. Im Vergleich mit den beiden größten Städten in Baden-Württemberg, Stuttgart und Mannheim, machen unsere Personalkosten den größten Anteil an den städtischen Gesamtaufwendungen aus. Oder anders ausgedrückt: pro Karlsruherin und Karlsruher wenden wir 1.267,40 Euro für städtische Personalkosten auf, in Stuttgart sind es je Einwohner 35,00 Euro weniger und in Mannheim sogar 195,00 Euro pro Kopf weniger. Bei uns steigen die Kosten von Jahr zu Jahr – seit 2011 geben wir mehr als 50 Prozent zusätzlich für Personalaufwendungen aus.

Gleichzeitig bleiben viele Stellen mit Verwaltungsaufgaben unbesetzt und offen. Von knapp 6.000 Stellen waren am 30. Juni 2020 mehr als 500 nicht besetzt. Dies legt einen enormen Druck auf unsere ohnehin schon überlasteten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Teils durch den Gemeinderat, teils aber auch durch Vorgaben von Bund und Land bürden wir uns mehr und mehr Verbindlichkeiten und Qualitätsstandards auf.

Insofern sehen wir hier eine Stellschraube, an der wir drehen müssen, um die Ausgabenseite zu Karlsruhes Gunsten zu korrigieren: mit der CDU wird es im kommenden Jahr keine zusätzlichen Stellenschaffungen oder Ausweitungen für neue Aufgabenbereiche geben, sofern wir vom Gesetzgeber dazu nicht verpflichtet werden. Es gilt, zusätzlich alle Aufgabenbereiche dahingehend zu überprüfen, ob sie tatsächlich als kommunale Aufgabe zwingend notwendig sind. Dieser Prozess muss natürlich ohne Kündigungen und auf alle Fälle ohne Mehrbelastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angegangen werden.

Insbesondere wenn die Angehörigen der Babyboomer-Generation in den kommenden Jahren in Rente gehen, steht sowieso ein großer personeller Umbruch ins Haus, der hierfür genutzt werden muss.

Grundsätzlich sollten wir auch daran denken, neue Stellenausschreibungen so zu gestalten, dass zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch flexibler eingesetzt werden können. Auf diese Weise locken wir nicht nur mehr Bewerberinnen und Bewerber an, sondern können ihnen durch flexiblere Aufgabenbereiche auch langfristige Perspektiven bieten.

Wir haben in den letzten Jahren insbesondere beim „Haushaltsstabilisierungsprozess Karlsruhe“-Prozess (HSPKA-Prozess) immer wieder gezeigt, dass wir verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen und – wenn es sein muss – auch sparen können. Bei den mehr als 400 Projekten der freiwilligen Leistungen haben wir damals über 21 Millionen Euro eingespart. Das verdient durchaus Beachtung. Allerdings kehrt sich diese Zahl um, wenn wir berücksichtigen, dass wir mittlerweile auch zusätzliche 35 Millionen Euro in andere oder weitere Projekte der freiwilligen Leistungen gesteckt haben. Insofern haben wir 2021 zusätzliche 14 Millionen Euro ausgegeben. Hierfür sind insbesondere bei der Kinderbetreuung aber oft die Landes- und Bundesgesetzgebung verantwortlich. Zahlen soll es dann zum Großteil die Kommune. Dies gilt etwa auch für den ÖPNV oder die Gesundheitsversorgung durch das Städtische Klinikum. Es kann nicht sein, dass uns Bund und Land bei der Finanzierung im Regen stehen lassen. Beide müssen deutlich stärker in die Finanzierungen dieser dringend notwendigen Aufgaben miteingebunden werden.

Daher setzen wir uns als CDU-Fraktion dafür ein, dass die Suche, Beantragung und Nutzung von landes-, bundes- oder europaweiten Förderprogrammen noch viel effizienter verfolgt werden muss. Da hier teilweise bis zu 80 oder 90 Prozent der Kosten einzelner Maßnahmen gefördert werden, müssen wir die Förderprogramme vollständig ausschöpfen. In diesem Rahmen stellen wir uns einen Monitoringbericht vor, der dem Gemeinderat in gewissen Zeitabständen vorgelegt wird und informiert, welche Fördermittel und -programme eingeworben werden konnten und welche Chancen wir nicht genutzt haben.

Die konsequente Akquise von Fördermitteln kann nachhaltig dazu beitragen, Sorgenkinder unserer Stadt zu unterstützen.

Eine ganz und gar nicht positive Entwicklung sehen wir bei unseren Beteiligungsgesellschaften, wie beim städtischen Klinikum oder bei der KVVH und dort insbesondere beim Karlsruher Nahverkehr. Die VBK haben im Geschäftsjahr 2020 einen Verlust von 43,1 Millionen Euro eingefahren, der sich in den nächsten Jahren auf voraussichtlich 65,9 Millionen Euro in 2021 und auf 68,4 Millionen Euro in 2025 steigern wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei den Beratungen des letzten Haushalts 2021 gab es hier Fraktionen, die einen kostenlosen oder zumindest für Teile der Bevölkerung kostenlosen ÖPNV ins Spiel gebracht haben. Solche Forderungen sind nicht nur denkbar unangebracht, sondern gegenüber künftigen Generationen auch unverantwortlich. In diesem

Zusammenhang war ich froh, Herr Oberbürgermeister, dass Sie in Ihrer Rede zum aktuellen Doppelhaushalt betont haben, dass es nicht auf die Kostenfreiheit eines Angebots, sondern auf die Qualität ankommt, um auf eine Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV zu kommen.

Positiv stimmt uns auch die absehbare Fertigstellung der Kombilösung. Dieses Langzeitprojekt war mitsamt den baustellenbedingten Einschränkungen eine große Geduldsprobe für den Einzelhandel und alle Karlsruherinnen und Karlsruher. Wir warten gespannt auf diesen städtebaulichen Meilenstein. Mit der Fertigstellung bieten sich jetzt aber neue Möglichkeiten für den Handel und die Wirtschaft, insbesondere aber auch für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Bei aller Vorfreude muss hier auch erwähnt werden, dass es insbesondere bei der Kombilösung, dem Staatstheater oder aktuell bei der Stadthalle zu enormen Kostenexplosionen kam, die wiederum den Haushalt zusätzlich belasten. Damit muss endlich Schluss sein. Bei allen laufenden und zukünftigen Großprojekten fordern wir eine bessere Kostenkontrolle. Wir brauchen von Beginn an realistische Einschätzungen der Kosten und deshalb mehr Zusammenarbeit mit Experten, die mit den Projektschritten solcher Sonderbauten vertraut sind.

Zurück zum vorliegenden Haushaltsentwurf: Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute geht es nicht darum, über die Sinnhaftigkeit oder den sozialen Mehrwert eines Kostenpunkts zu streiten. Heute reden wir darüber, wie wir Karlsruhes Zukunftsfähigkeit sichern können. Und gerade hier bereitet der CDU-Fraktion das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt große Sorgen. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bei der Verabschiedung des laufenden Haushalts 2021 haben Sie gesagt – ich zitiere: Wenn wir „nicht die Kurve kriegen – und zwar eine drastische Kurve – dann würden wir diese Stadt in kürzester Zeit mit voller Wucht an die Wand fahren.“ Ich bin ganz auf Ihrer Linie, und das sollten wir alle sein.

Aber ist der uns jetzt vorgelegte Haushalt die von Ihnen damals skizzierte Kurve? Ein prognostiziertes Defizit von minus 74,6 und 64,3 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre und dies überwiegend nur durch Einmaleffekte und Steuererhöhungen, um die Genehmigung zu bekommen? Ohne derartige Maßnahmen würden wir bei 116 und 106 Millionen Euro Defizit in den nächsten beiden Jahren und einem nichtgenehmigungsfähigen Haushalt landen. Doch die reine Ausgabenseite konnte lediglich um gut 10 Millionen Euro reduziert werden. Ich hätte mir für den vorliegenden Doppelhaushalt schon deutlich mehr gewünscht. Jetzt habe ich vorhin schon alle von uns in die Pflicht genommen und möchte nicht weiter kritisieren,

ohne Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ich glaube Ihnen und dem Finanzdezernat, dass aufgrund der Komplexität und der Kurzfristigkeit leider nicht mehr möglich war. Aber ich bin gespannt, wie es uns jetzt gelingen soll, in einem Jahr diese Mammutaufgabe anzugehen, bzw. wie wir der Bevölkerung sechs Monate vor der nächsten Kommunalwahl 2024 dann diese extremen Kürzungen erklären wollen, ohne noch mehr Politikverdrossenheit zu erzeugen.

Aber alles Jammern nützt nichts. Die CDU-Fraktion ist bereit, diese Aufgabe anzugehen, denn am Ende bleibt nur die Frage: Was können und wollen wir uns in Zukunft leisten und von was müssen wir uns trennen oder was müssen wir zumindest vorübergehend aussetzen?

3. Perspektiven für Karlsruhe: jede Verantwortung birgt Freiheiten

Wir haben zwei Möglichkeiten: entweder verändern wir die Einnahmeseite, das heißt über Steuererhöhungen, oder wir verändern etwas an der Ausgabenseite, indem wir Abstriche machen – beides tut denkbar weh.

Anders als beim HSPKA-Prozess ergibt es bei den Summen, die eingespart werden sollten, diesmal auch absolut keinen Sinn, wieder über die Weihnachtsbäume, Geschenke für Dienstjubiläen oder kleinste Zuschüsse für Kultur, Sport oder Soziales zu diskutieren.

Ein Wegfall der Zuschüsse würde viele Projekte in ihrer Existenz gefährden – das wäre nicht nur ein großer Verlust für die Zuschussempfänger, sondern auch für Karlsruhe, da es sich bei den mehr als 400 Projekten und Empfängern um zum Großteil unverzichtbare zusammenhaltstfördernde, integrierende und inklusive Beiträge handelt, die auch durch ein enormes ehrenamtliches Engagement aufrechterhalten werden.

Vielmehr müssen wir auch alle Standards bei den Pflichtaufgaben überprüfen, die wir in den letzten Jahren zum Teil drastisch erhöht bzw. übererfüllt haben, da uns die Mittel zur Verfügung standen. Sollten weitere Aufgaben zur Erfüllung vom Bund oder Land auf die Kommune delegiert werden, setzen wir uns – wie von der Frau Ersten Bürgermeisterin gefordert – für eine einhundertprozentige Gegenfinanzierung durch Bund und Land ein.

Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen wir den dynamischen Prozess der Verschuldung unserer Stadt aufhalten und in den kommenden Jahren umkehren. Mehr als eine Verdoppelung der Pro-Kopf Verschuldung in den kommenden zwei Jahren von 405 auf

über 1.000 € ist für uns nicht akzeptabel. Die CDU-Fraktion will Vorschläge und Ideen einbringen, die es uns ermöglichen, nicht nur unsere Ausgaben zu senken, sondern auch unsere Einnahmen zu erhöhen. Zudem möchte ich Sie einladen, während der Haushaltsberatungen gemeinsam Lösungen für unsere Stadt zu erarbeiten. Einen Aufschlag unserer Ideen möchte ich Ihnen heute schon präsentieren.

a. Hohe städtische Standards auf den Prüfstand

Lassen Sie uns sofort über Benchmarking sprechen, genauso wie Sie es, Herr Oberbürgermeister, auch in Ihrer Rede schon angekündigt haben.

Ich nehme uns alle in die Pflicht, in allen Bereichen, in denen es ohne Probleme möglich ist, über eine Auslagerung oder wenigstens eine Reduzierung unserer hohen städtischen Standards nachzudenken.

Genauso müssen wir die freiwilligen Zuschüsse, z.B. der KVV, der KTG, der KME, der KMK, der Bäder oder im Bereich von Staatstheater und ZKM, hinterfragen.

In vielen städtischen Bereichen erfüllen wir unsere Aufgaben nicht nur, wir übererfüllen sie sogar. Von dieser Übererfüllung und dem ein oder anderen hohen Standard müssen wir uns mit Blick auf die vom Regierungspräsidium geforderte Aufgabenkritik vorerst verabschieden bzw. ihn vielleicht auch nur vorübergehend aussetzen.

Im Rahmen von Einsparmöglichkeiten möchte ich auch noch auf die Budgets der Transferleistungen eingehen, auch wenn es sich im Prinzip nicht um Einsparungen, sondern um Anpassungen handelt. Wenn wir die zurückliegenden Ergebnisse betrachten und dann mit den Mitteln verrechnen, die für diesen Doppelhaushalt bereitgestellt werden sollen, ergibt sich bei mehr als einhundert Zuschussempfängern ein beachtliches Delta. Das bedeutet, dass gut jedes vierte Projekt die Mittel, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden, in den vergangenen Jahren – vor und während der Corona-Pandemie – bei weitem gar nicht ausgeschöpft hat. Wenn wir die Budgets moderat anpassen, ohne den Zuschussempfängern etwas von ihren bisher durchschnittlich verbrauchten Geldern zu nehmen und ihnen einen großzügigen Puffer für alle Eventualitäten einräumen, bietet sich hier ein großes Anpassungspotential. Dieses liegt bei bis zu 41 Millionen Euro – und dies, ohne eine einzige

freiwillige Leistung aussetzen oder einstellen zu müssen. Wenn wir die Budgets anpassen, wären schmerzhafteste Steuererhöhungen, die uns zwar rund 16,6 Millionen Euro einbringen aber unsere Wirtschaftsleistung hemmen, vom Tisch. Und angesichts eines Spielraums von bis zu 41 Millionen Euro müssten wir bei den veranschlagten Budgets noch nicht einmal das volle Optimierungspotential ausschöpfen, um den gleichen Mehrwert zu erzielen, den die Steuererhöhungen bringen würden. Mit effizienten Anpassungen können wir uns den Erhalt der freiwilligen Leistungen auf einem entsprechenden Niveau problemlos leisten.

Eine derartige Effizienz wünschen wir uns auch beim Thema Klimaschutz. Hier wollen wir als CDU-Fraktion ein Maximum herausholen und erneut für unseren Vorschlag werben, die CO₂-Vermeidungskosten in den Fokus zu rücken. Dahinter verbergen sich diejenigen Kosten, die man in die Hand nehmen muss, um Klimaneutralität in einem bestimmten Bereich herzustellen. Die Bereiche, in denen die Kosten am niedrigsten liegen und in denen der wissenschaftlich erwiesene Effekt für den Klimaschutz am höchsten ist, wollen wir als erstes und am konsequentesten angehen:

Beispielsweise hat die Umstellung der Straßenbeleuchtung in der Stadt auf LED-Lampen einen direkten finanziellen Mehrwert und spart CO₂. Wenn wir dagegen die Nördliche Hildapromenade zur Fahrradstraße erklären, verbirgt sich dahinter ein Nutzen für den Klimaschutz, der erst auf längere Sicht erkennbar wird. Schließlich müssen die Karlsruherinnen und Karlsruher erst motiviert werden, vom Auto aufs Fahrrad umzusteigen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir weniger effiziente und langsame Klimaschutzmaßnahmen ans Ende setzen – anstatt alles auf einmal umsetzen zu wollen –, können wir bei den effizienteren Maßnahmen das Tempo und den Umfang erhöhen. Mit dieser Strategie werden wir die Klimaneutralität schneller erreichen: Erledigen wir daher zunächst die Aufgaben, die einen direkten Nutzen haben, und danach die, die auch wichtig sind aber mehr Ressourcen und ein Umdenken bei vielen Menschen benötigen. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn wir nachweisen, dass es bei diesem wichtigen Thema nicht um Weltanschauung und Ideologie geht.

b. Krise überwinden und Wachstum ankurbeln

Nach den Möglichkeiten, bei denen wir Einsparungen generieren können und sollten, möchte ich auch Ideen aufzeigen, auf welchen Wegen wir unseren finanziellen Spielraum erhöhen und das Wachstum in unserer Stadt künftig ankurbeln können. Die wichtigste Weichenstellung der Zukunft wird sein, wie wir Karlsruhe attraktiver machen.

Karlsruhe muss für junge Familien, Paare und Singles attraktiver werden, die auf der Suche nach einer Wohnung sind oder bauen möchten. Die Ergebnisse der „Stadtentwicklungsstrategie 2035“ haben es erschreckend deutlich gemacht: Karlsruhes Einwohnerzahl schrumpft, die Mieten sind hoch, und es wird immer weniger gebaut. Daher setzen wir uns für mehr Wohnraum in Karlsruhe ein, die alle Akteure der Bauwirtschaft ins Boot holt. Ein großes Potential sehen wir etwa in der städtebaulichen Umgestaltung der südlichen Stuttgarter Straße. Neben der Ansiedlung der ESG Frankonia würden wir es begrüßen, wenn hier zusätzlich zu den Kleingärten auch Flächen für den Wohnungsbau freigegeben werden.

Bei allen Aktivitäten benötigen wir unkomplizierte Planverfahren und kürzere Bearbeitungszeiten bei Bauvorhaben. In diesem Zusammenhang müssen wir auch über die Sinnhaftigkeit von engmaschigen Vorschriften und Normen beim städtischen Bauen nachdenken. Obwohl nur rund 20 Prozent aller DIN-Normen gesetzlich bindend und die restlichen 80 Prozent Empfehlungen sind, haben sich die rund 3.800 DIN-Normen im Baubereich zu kostenintensiven Must-haves entwickelt, die jegliche Bauaktivität zuungunsten der Stadt in die Länge ziehen und verteuern. Normen mit Empfehlungscharakter, die also nicht zum Bereich „Leib und Leben“ oder „gleichberechtigte Teilhabe am Leben“ zählen, gehören auf den Prüfstand. Wir müssen zumindest den Mut haben, diese Standards für den Zeitraum der kritischen Haushaltssituation vorübergehend auszusetzen.

Zusätzlich zum Nachverdichtungspotential müssen wir auch neue Flächen zum Bebauen ausweisen. Schließlich dürfen wir den vielbeschworenen „Flächenfraß“ nicht allein dem Landkreis aufbürden. Letztlich ist er dort ein ebenso großer Eingriff in die Natur wie bei uns. Irgendwo findet er nun einmal statt. Schon jetzt hat laut „Stadtentwicklungsstrategie 2035“ ein Suburbanisierungsprozess eingesetzt, wonach immer mehr Leute in die Randbezirke oder in den Landkreis ziehen. Dadurch entgehen uns nicht nur wesentliche Einnahmen mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich. Wir muten der Natur auch einen Pendlerverkehr zu, der

dem Klimaschutz alles andere als zuträglich ist. Das Ausweisen von Flächen ist nicht nur fair gegenüber der ganzen Region, sondern trägt auch dazu bei, die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhöhen. Denn wenn das Angebot an Wohnraum steigt, dann sinken auch die Mieten. Ganz im Gegensatz dazu, wenn wir die Grundsteuer erhöhen, dann werden auch die Mieten steigen.

Anstatt die Gewerbesteuer zu erhöhen, wäre es zielführender, wenn Karlsruhe die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft, damit Gewerbetreibende mehr Arbeitsplätze und damit zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen generieren. Aus diesem Grund fordern wir schon seit Jahren die Ausweisung neuer Gewerbegebiete, wie z.B. das Gottesauer Feld in Neureut, und drängen darauf, dass auch hier die Planungsverfahren beschleunigt werden.

Diese Stadt ist als Gesamtkonzern Karlsruhe die Mutter verschiedener Tochtergesellschaften. Von der Corona-Pandemie vollkommen unbeeindruckt, fährt etwa die VOLKSWOHNUNG (VOWO) hohe Gewinne ein und bildet seit Jahren vielversprechende Rücklagen. Allein im laufenden Geschäftsjahr 2021 rechnet die VOWO mit einem Gewinn von rund 6,4 Millionen Euro. Die Rücklagen der vergangenen, gut gewirtschafteten Jahre belaufen sich mittlerweile auf mehr als 175 Millionen Euro. Im Gegensatz zu den bestehenden sogenannten Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen der Stadtwerke im Rahmen ihrer Muttergesellschaft KVVH gibt es keine vergleichbare Konstruktion mit der VOWO. Und damit leistet die VOWO keinen monetären Beitrag zur Erfüllung weiterer städtischen Aufgaben im Konzern der Stadt Karlsruhe – im Gegensatz zu den Stadtwerken, die das defizitäre Ergebnis der VBK mit ihren Gewinnen zum Teil kompensieren. Hier ist der Gemeinderat als Gesellschafter gefordert und müsste über eine Ausschüttung der VOWO an die Stadt entscheiden. Ich spreche mich daher im Namen der CDU dafür aus, dass wir hier eine Kategorie größer denken und auch die reichhaltigen Erträge der VOWO wenigstens teilweise oder zeitweise zum Ausgleich unseres Haushalts oder Verlustdeckung von Tochtergesellschaften nutzen sollten.

4. Zusammenfassung

In den vergangenen Minuten habe ich Ihnen Vorschläge und Möglichkeiten aufgezeigt, um Ausgaben gemeinwohlerträglich zu senken und Einnahmen ebenso gemeinwohlerträglich zu erhöhen.

Ich möchte deshalb nochmals eindringlich an alle Kolleginnen und Kollegen, Amtsleiter, Bürgermeister und die komplette Verwaltung appellieren, dieses Projekt gemeinsam anzugehen. Gemeinsam heißt für mich aber nicht, dass wir als Stadträte von der Kämmerei einen Haushalt vorgelegt bekommen, der so eng genäht ist, dass kein Handlungsspielraum besteht.

Im vorliegenden Haushalt können und wollen wir als CDU- Fraktion die Steuererhöhungen aus den genannten Gründen nicht mittragen. Wir schlagen deshalb vor, die fehlenden Mittel über zusätzliche Anpassungen in den Budgets der Transferleistungen sowie der Ergebnisabführung aus der VOWO zu kompensieren.

Viel wichtiger ist es meiner Ansicht nach aber, ab morgen die Weichen für die kommenden Haushalte zu stellen. Hier kommt Ihnen, Herr Oberbürgermeister, die wichtigste Aufgabe zu. Als Oberhaupt der Verwaltung müssen Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie müssen Ihre Dezernenten und Amtsleiter anweisen, uns schnellstmöglich Vorschläge zu unterbreiten, wie und wo eingespart werden kann. Alle freiwilligen Leistungen sowie alle erhöhten Standards bei den Pflichtaufgaben müssen auf den Prüfstand und von den jeweiligen Ämtern mit Preisschildern versehen werden. Wir benötigen eine Übersicht, was den Rahmen einer gesetzlichen Leistung bei den Pflichtaufgaben ohne Weisung bildet und inwiefern die Stadt Karlsruhe darüber liegt. Letztendlich liegt die Erfüllung der undankbaren Aufgabe dann bei uns Stadträtinnen und Stadträten, da wir entscheiden müssen, welche Leistungen wir in Zukunft entweder nicht mehr anbieten wollen und können oder eventuell zumindest für bestimmte Zeit aussetzen.

Nur so werden wir zum einen aktiv dazu beitragen, unseren Haushalt mittelfristig auszugleichen. Zum anderen schaffen wir durch eine strikte Aufgabenkritik den notwendigen finanziellen Spielraum, um auch die eigentlichen Aufgaben unserer Stadt in den kommenden Jahren wahrzunehmen. Damit meine ich investive Maßnahmen in die Infrastruktur, in den Ausbau von Glasfaser, in die Mobilität, in Bildung und Forschung, in Soziale Bereiche, in die

Kultur, die Versorgung und die Gesundheit, den Sport, die Sicherheit, die Stadtentwicklung, die Verwaltung, die Wirtschaftsförderung, den Naturschutz und natürlich in die größte Herausforderung unserer Zeit: alle Maßnahmen zur Anpassung und zu einer strategischen Bewältigung der weltweiten Klimakrise.

5. Dank

Kommen wir zurück zu Erhard, dessen Zitat ich Ihnen erneut ins Gedächtnis rufen will: „In einer sich bewegenden Welt (...) nicht erstarren“, sondern „die Pflicht, in der Verfolgung der Ziele unserer Politik fest zu bleiben.“ Dieser Verantwortung will ich mich im Namen der CDU-Fraktion stellen und lade Sie herzlich dazu ein, mitzuarbeiten und konstruktiv mit uns zu streiten und zu diskutieren.

Einen großen Anteil daran, dass wir überhaupt über den Doppelhaushalt reden können, haben die Mitarbeitenden unserer Stadtverwaltung, unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie unser Oberbürgermeister. Haben Sie daher vielen Dank für Ihre tatkräftige Arbeit bei der Einbringung des Haushaltes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Gehen wir es an!